
Vorwort der Herausgeber

Die Erweiterungsbeschlüsse von Helsinki konfrontieren Europa mit seinen Grenzen. Die Europäische Union dehnt die Erweiterungsverhandlungen von sechs auf zwölf Staaten aus, und die Türkei wird in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen. Dies geschah ohne eine tiefgreifende Strategiedebatte. Die Europapolitik agiert, als ob es nur gelte die alte Logik fortzusetzen: Die Agenda der Regierungskonferenz 2000 wird auf die „left-overs“ von Amsterdam beschränkt, erst später finden sich die Mitgliedstaaten bereit, auch die Debatte um das Prinzip der Flexibilität wieder zu öffnen. Doch mit der Beschränkung auf die Überbleibsel von Amsterdam – Größe und Zusammensetzung der Kommission, Stimmgewichtung im Rat sowie Ausweitung der Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit – beschränkt die Union ihre innen- wie außenpolitische Handlungsfähigkeit und verkennt langfristig die Tragweite der Erweiterungsbeschlüsse von Helsinki.

Vor diesem Hintergrund war es geradezu überfällig, dass die Grundsatzdebatte über Zustand und Zukunft der Europäischen Integration begann. Mit Joschka Fischers Rede vom Mai 2000 wurde von politischen Entscheidungsträgern und der interessierten Öffentlichkeit eine Debatte wieder aufgenommen, die seit den siebziger Jahren unter Integrationsexperten und Europapolitikern geführt wird. Der „Methode Monnet“ wird die Finalitätsdebatte der großen Europäischen Union, jahrelang vermieden, gegenübergestellt. Von der medialen Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt schickt sich die Europäische Union an, die größte Herausforderung ihrer Geschichte anzunehmen. Die anstehenden Grundsatzentscheidungen verlangen nach Orientierung. Sie bedürfen der Bezugsrahmen, um Prioritäten ableiten zu können. So ist mehr von Gravitationszentren, von Kerneuropa und von Avantgarde, von der Zweiteilung der Verträge, von der Grundrechte-Charta, ja von einem europäischen „Verfassungsprozess“ die Rede. Dies alles signalisiert eine neue Suche nach Leitbildern und Orientierungshilfen.

Die Autoren des Jahrbuchs zeichnen in bewährter Weise nun schon zum zwanzigsten Mal die Ereignisse der Europapolitik des vergangenen Jahres nach: Neben den breiten Integrationslinien im Berichtszeitraum werden auch die dünnen leisen Linien im Hintergrund berücksichtigt, die ihre Wirkung außerhalb der Öffentlichkeit entfalten. Einen Schwerpunkt setzt die zwanzigste Auflage auf den Erweiterungsprozess. Mit den Beschlüssen von Helsinki wurde die Trennungslinie zwischen den Staaten der „Luxemburger“ und der „Helsinki Gruppe“ zumindest symbolisch aufgehoben. Entsprechend beleuchtet das Jahrbuch in einzelnen Länderstudien die europapolitische Haltung und die Fortschritte in der Übernahme des

VORWORT DER HERAUSGEBER

gemeinsamen Besitzstandes in den Beitrittsländern. Hier darf die Türkei nicht außen vor gelassen werden, mit der sich Oya Susanne Abali (Stiftung Wissenschaft und Politik) beschäftigt. „Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union“ liefert die umklammernde Prozessanalyse.

Die Außen- wie die Sicherheitspolitik der Europäischen Union steht nicht erst nach der Erweiterung vor den neuen Herausforderungen einer riskanten Nachbarschaft. Schon heute rüstet sich die Europäische Union für den Bedarfsfall – militärisch im Bereich der Petersberg-Aufgaben und durch die Entwicklung einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, nicht-militärisch durch die Stärkung der Kohärenz in den Außenbeziehungen. Veranschaulicht wird dies durch Franz-Lothar Altmann (Südost-Institut, München) für die Südosteuropapolitik.

Doch auch in die Politikbereiche der Europäischen Union findet die Erweiterung zunehmend Einzug, die Politik-Gestaltung der EU-15 kann sich der bevorstehenden Erweiterung nicht mehr entziehen. Ein Beispiel hierfür ist die Haushaltspolitik, für die wir Walter Deffaa (Europäische Kommission) verpflichten konnten. Die Kontinuität der Verkehrspolitik zeichnet Rolf Dieter (Europäische Kommission) für uns nach. Auch die Menschen- und Grundrechtspolitik, die Anke Gimbal betrachtet, reicht weit über die EU-Grenzen hinaus.

Entsprechend der Tradition des Jahrbuchs, immer wieder andere Akzente zu setzen, wurden auch in diesem Jahr neue Autoren verpflichtet: Die Transatlantischen Beziehungen beleuchtet Prof. Dr. Stephan Bierling (Universität Regensburg). Über die Arbeit des Rechnungshofs berichtet Prof. Dr. Siegfried Magiera (Hochschule Speyer). Über Italien schreibt Roman Maruhn (Centrum für angewandte Politikforschung), mit Luxemburg beschäftigt sich Danielle Bossaert (European Institute of Public Administration, Maastricht) und über Griechenland informiert Dr. Peter Zervakis (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn).

Besonderer Dank gilt auch diesmal dem Auswärtigen Amt für die Förderung des Projekts und den Autorinnen und Autoren, deren große Sachkenntnis die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. An dieser Stelle möchten wir nochmals dem Initiator der Idee, Gerhard Eickhorn, sowie vor allem unseren Redakteurinnen und Redakteuren der vergangenen zwanzig Jahre herzlich danken, ohne deren Engagement und Wissen wir heute nicht auf zwanzig Jahre Dokumentation der europäischen Integrationsgeschichte zurückgreifen könnten. Für die sachkundige Redaktion der diesjährigen Jubiläumsauflage konnten wir Isabelle Tannous gewinnen, ohne deren Gespür für aktuelle Zusammenhänge und deren Freude am Detail dieses Jahrbuch nicht so zu Stande gekommen wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels